

15.02.90

Antrag

des Landes Hessen...

zur

Entschließung des Bundesrates zur Familienpolitik

- Antrag des Landes Baden-Württemberg -

Punkt 25 der 609. Sitzung des Bundesrates am 16. Februar 1990

Der Bundesrat möge beschließen:

Absatz 3 des Abschnitts V. erhält folgende Fassung:

Ein wichtiges Anliegen einer an den Lebensbedürfnissen der Familien orientierten Politik ist die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit für Mann und Frau. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, dieses Thema zu einem Schwerpunkt ihrer Familien- und Gesellschaftspolitik in den 90er Jahren zu machen.

Vergleiche mit anderen europäischen Staaten zeigen, daß die Möglichkeiten für eine familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitswelt in der Bundesrepublik Deutschland noch lange nicht ausgeschöpft sind. Hier stellt sich eine besondere Herausforderung des Europäischen Binnenmarktes für die Bundesrepublik Deutschland.

Als Maßnahmen kommen insbesondere in Frage:

- Die Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes (z. B. bei Kindergärten, Kinderhorten und durch Betreuungsschulen),
- die Verbesserung der Arbeitssituation (z. B. durch familien-gerechte Flexibilisierung der Arbeitszeit, Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen, familiengerechte Qualifizierungsmaßnahmen),

Ausgeliefert am 15. FEB. 1990 ...

706/4789

- 2 -

- Verbesserung des Kündigungsschutzes und der Arbeitsplatzgarantie über die Dauer des Erziehungsurlaubes hinaus während der gesamten Kindererziehungsphase (z. B. während der Inanspruchnahme eines Landeserziehungsgeldes).